

PROTOKOLL	Gremium Sitzung Besprechung	Jugendhilfeausschuss
Stadt Karlsruhe	Datum Uhrzeit	09. November 2017 Beginn: 16:30 Uhr Ende: 19:00 Uhr
		Öffentlich
	Ort	Stadtbibliothek, Ständehausaal
	Vorsitzende Vorsitzender	Herr Bürgermeister Lenz
	Protokollführerin Protokollführer	Frau Werner & Frau Bechtold

Teilnehmende: siehe Anwesenheitsliste

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet **der Vorsitzende** die nichtgemeinderätlichen stellvertretenden Mitglieder Frau Mussachio und Herrn Bauer.

Der Vorsitzende zieht TOP 6 vor.

TOP 6: ITL Vielfalt gGmbH – Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Sozialgesetzbuch Aches Buch (SGB VIII) - Vorlage-

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Erginos von der ITL Vielfalt gGmbH.

Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt ergeben sich nicht.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss stimmt einstimmig der Anerkennung der ITL Vielfalt gGmbH als Träger der freien Jugendhilfe zu.

TOP 6 ist damit beendet.

TOP 1: Aufnahme neuer Kita-Projekte in die Bedarfsplanung - Vorlage und mündlicher Bericht-

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Frau Kinnunen.

Frau Kinnunen (SJB) berichtet über die aktuell geplanten Kita-Projekte. So wird die Kita in Hohenwettersbach um eineinhalb neue Gruppen erweitert, die Kita in der Haid-und-Neu-Straße erhält eine neue Außengruppe.

In Durlach-Aue entsteht eine neue Kita, die Betriebsträgerschaft wird von der Lenitas gGmbH übernommen, die aus der Pro-Liberis gGmbH entstanden ist.

Außerdem gibt Frau Kinnunen einen kurzen Überblick über die aktuelle Versorgungslage in der Kindertagesbetreuung.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) begrüßt die geplanten Erweiterungen und hebt dabei positiv hervor, dass diesmal auch zwei Kitas in städtischer Trägerschaft erweitert werden.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Frau Kinnunen und dem Team der SJB für die Lieferung der guten Datengrundlagen in der Vorlage. Die weiteren Schwerpunkte seien nun die baurechtlichen und personellen Aspekte.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt einstimmig dem Gemeinderat die Aufnahme der neuen Kita-Projekte mit 49 Plätzen für Kinder unter drei Jahren und 72 Plätzen für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt in die Bedarfsplanung und die Bereitstellung der in der Vorlage genannten Finanzmittel.

TOP 1 ist damit beendet.

TOP 2: Prognose zum weiteren Ausbau von Kitaplätzen in Karlsruhe - Vorlage und mündlicher Bericht-

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Frau Kinnunen (SJB)

Frau Kinnunen (SJB) führt kurz in die Thematik ein. Grundlage des Prognoseberichtes sei eine Bestandsanalyse, die im Juli stattfand. Diese habe bereits einen grundsätzlichen Fehlbedarf ergeben. Durch die neu gelieferten Daten erhöhe sich der Ausbaubedarf noch weiter. Im vorliegenden Bericht sei erstmals von der stadtteilbezogenen Planungsweise abgewichen und die Stadtteile seien zu sechs Planungsgebieten (Nord, West, Nordost, Mitte, Süd, Südost) zusammengefasst worden.

Das Planungsgebiet Mitte habe den höchsten Bedarf mit über tausend fehlenden Plätzen, wobei bereits 600 Plätze in der Tagespflege herangezogen werden könnten.

Der Ausbau der Kindertagesstätten müsse aber in einem ausgewogenen Verhältnis erfolgen, da ein zu starker Fokus auf den U3-Bereich zum jetzigen Zeitpunkt in einigen Jahren fehlende Anschlussplätze im Ü3-Bereich zur Folge hätte. Im Vergleich zu anderen Kommunen seien in Karlsruhe nur 10 % der Kitas in städtischer Trägerschaft. Hier sollte geprüft werden, wie der Anteil der städtischen Kitas erhöht werden kann.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) bedankt sich für die vorliegenden guten und zuverlässigen Daten über die Entwicklung und die aktuelle Versorgungssituation, ebenso für die Planungsdaten der Bevölkerungsprognosen. Sie merkt an, dass sich durch die weitere Schaffung von Wohnungen und Bauplätzen der Bedarf an U3 und Ü3-Plätzen auch in Zukunft stark erhöhen werde. Es entstehe eine Art „Herkulesaufgabe“, die Gesamtversorgung für die nächsten 10 Jahre zu sichern, denn laut der Vorlage werden nur 50% der benötigten Plätze auch tatsächlich geschaffen. Für sie müssten nach der vorgelegten Prognose weitere konkrete Schritte erfolgen, um die Planung auch umzusetzen. Sie halte außerdem mehr städtische Kitas für nötig, der Ausbau sei nicht alleine durch die Träger zu bewerkstelligen. Der Landesdurchschnitt der städtischen Kitas läge bei 42 %, im Bericht wird für die Zukunft lediglich ein Verhältnis von 20 % städtischer Kitas zu 80 % Kitas in freier Trägerschaft geplant.

Sie bitte auch zu bedenken, dass sich viele Kitas, die vor 30 Jahren gebaut wurden, nicht mehr in zeitgemäßem Zustand befänden und nicht dafür ausgelegt seien, um ein modernes Konzept und den aktuellen Orientierungsplan umzusetzen. Sie stelle sich die Frage, ob durch einen Ausbau oder eine Modernisierung nicht zwangsläufig auch Plätze wegfallen

würden, was den Bedarf nochmals erhöhen würde. Man könne die Kitas aber auch nicht in einem nichtstandesgemäßen Zustand lassen. Theoretisch müsste jedes Gebäude darauf geprüft werden, ob eine Kita dort untergebracht werden kann, auch damit eine wohnortnahe Betreuung möglich ist. Die Umstellung auf Planungsgebiete werde durchaus wertgeschätzt und für sinnvoll erachtet, allerdings sei sie der Meinung, dass jede Nische ausgenutzt werden müsse, um dem stark steigenden Betreuungsbedarf gerecht zu werden.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) und stimmt ihr zu, dass es sich beim Ausbau der Kitas um eine Herkulesaufgabe handele.

Frau Stadträtin Melchien (SPD) bedankt sich bei allen Beteiligten für die guten Prognosedaten und sieht eine gute Grundlage für die nächsten 10 Jahre.

Dass der Rechtsanspruch erfüllt werden konnte, sei in erster Linie den freien Trägern zu verdanken, da diese den Großteil der neuen Betreuungsplätze geschaffen hätten.

Sie sehe die Aufgabe, den Fehlbedarf zu decken, als Aufgabe aller Ämter, gemeinsam mit den freien Trägern. Sie regt an, die Probleme mit kreativen Ideen anzugehen, indem man beispielsweise konkret mit Firmen, die freie Flächen besitzen, kooperiert. Denn das Planungsgebiet Mitte habe zwar den höchsten Bedarf an Kita-Plätzen, gleichzeitig aber auch die wenigsten freien Flächen, auf denen eine Kita entstehen könne.

Sie führt außerdem an, dass den Fraktionen auch eine finanzielle Entlastung der Eltern durch niedrige Kita-Beiträge wichtig sei und stellt daher die Frage, wie man auch den Trägern eine bessere Finanzierung ermöglichen könne. Sie mahnt abschließend an, dass die Qualität der Betreuung bei der Schaffung der vielen neuen Plätze nicht leiden dürfe.

Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU) bedankt sich für das fundierte Datenmaterial. Sie stimmt Frau Melchien (SPD) zu. Mehrere Planungsgebiete seien ein guter Ansatz, der aber auch Schwierigkeiten mit sich bringen könne, denn die Kitas arbeiteten eng mit den Schulen der Stadtteile bzw. Schulbezirke zusammen. Sie bittet darum, nun nach der Planung konkret an die Umsetzung zu gehen und den Fraktionen auch regelmäßig Rückmeldung über den aktuellen Stand und über konkrete Gebäude oder Grundstücke zu geben, da diese oftmals im Gespräch mit den Bürgern seien und dort aufkommende Fragen auch beantworten möchten. Sie spricht abschließend an, dass laut Vorlage Schülerhorte geschlossen werden sollen, um diese in Kitas umzuwandeln. Sie gibt dazu zu bedenken, dass mit steigendem Betreuungsbedarf für Kleinkinder auch die Schulkindbetreuung steigen werde und Horte daher auch in Zukunft dringend benötigt würden.

Herr Stadtrat Wohlfeil (KULT) bedankt sich für die guten Prognosedaten und möchte wissen, ob bei dem errechneten Bedarf an Kita-Plätzen auch nach Halb- oder Ganztagesplätzen unterschieden werde.

Frau Siol (AKF) gibt zu Bedenken, dass es nach wie vor ein großes Problem sei, Erzieher/innen zu finden. Die geschaffenen Plätze nützten nur bedingt, wenn nicht gleichzeitig genug Personal vorhanden sei.

Herr Holzwarth (AWO) bedankt sich ebenso für die gründlichen Daten. Er sehe bei den freien Trägern ähnliche Probleme wie bei der Stadt: Es seien keine Grundstücke verfügbar, auf denen Kitas entstehen könnten. Seiner Meinung nach sei es nebensächlich, durch wen die Kitas gebaut würden, wichtig sei, sie überhaupt zu bauen. Er wünsche sich mehr Kommunikation, sowohl ämterübergreifend bei der Stadt, als auch mit den Trägern, beispielsweise bei einer Träger-Konferenz. Das Thema Fachkräfte sehe er wie Frau Siol, sowohl

in der Altenpflege als auch im Bereich Kita werde dringend Personal benötigt. Er wünsche sich von der Stadt mehr Unterstützung bei der Akquise von Fachkräften, z.B. durch Förderung von Wohnraum oder Unterstützung bei der Ausbildung für junge Leute.

Frau Kinnunen (SJB) versichert, dass die Qualität nicht außer Acht gelassen werde, denn auch in den letzten 10 Jahre sei der Ausbau der Kitas nicht zu Lasten der Qualität umgesetzt worden. Zusammen mit den Trägern werde auch weiterhin an der Qualität gearbeitet.

Zum Punkt finanzielle Entlastung merkt Sie an, dass die Stadträte die Gebühren der städtischen Kitas über den Gemeinderat festlegten. Ohne Beschluss im Gemeinderat könne die Verwaltung nicht handeln.

Auf die Frage von Frau Stadträtin Rastätter antwortet sie, dass es wichtig sei, Prioritäten zu setzen, was den Sanierungsbedarf älterer Einrichtungen sowie den Bau neuer Einrichtungen angehe. Konkrete Maßnahmen hingen auch davon ab, in welcher Höhe Finanzmittel aus dem Bundesinvestitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ vom Regierungspräsidium tatsächlich bewilligt würden.

Auf den Beitrag von Frau Stadträtin Meier-Augenstein erwidert sie, dass es bereits üblich sei, dass Kinder Kitas und auch Schulen in anderen Bezirken besuchen. Dies lasse sich auch durch gute Planung nicht verhindern. Sie werde das Gremium über den aktuellen Stand auf dem Laufenden halten. Die Umwandlung von Schülerhorten in Kitas sei grundsätzlich nur eine weitere Option, da durch den verstärkten Ausbau von Ganztageschulen in den letzten Jahren einige Horte schließen. Ein Umbau in Kitas solle aber nur bei Schülerhorten geprüft werden, die unabhängig davon nicht mehr benötigt würden.

Sie antwortet Herrn Stadtrat Wohlfeil, dass es auch im U3 –Bereich verschiedene Angebotsformen, die im Prognosebericht auch nochmals dargestellt werden, gebe.

Sie stimmt außerdem Frau Siol (AG KA Frauen) zu, dass das Problem des Fachkräftemangels auch beim Ausbau ein Problem sei. Allerdings wirke die von der Stadt Karlsruhe geförderte praxisintegrierte Ausbildung (PIA) dem Fachkräftemangel deutlich entgegen. Auch verschiedene Ausbildungsberufe wie Heilpädagogen/innen und Kinderpfleger/innen könnten neben den Erzieherinnen in den Kitas eingesetzt werden.

Auch Herrn Holzwarth (AWO) stimme sie zu. Es sei eindeutig, dass die fehlenden Grundstücke auch für die freien Träger das Hauptproblem seien. Für Investoren sei der Ausbau von Kitas unattraktiv, da die Qualitätsansprüche sehr hoch und mit hohen Investitionskosten verbunden seien. Bedingt durch die unzureichende Refinanzierung der Kommunen sei zudem die Eigenbelastung der Träger hoch. Frau Kinnunen bedankt sich nochmal ausdrücklich bei den freien Trägern, ohne die der Kita-Ausbau nicht hätte bewältigt werden können. Ein Austausch in Trägerkonferenzen halte sie ebenfalls für wichtig und finde seit Jahren regelmäßig statt. Auch die ämterübergreifende Zusammenarbeit fände bereits statt und würde intensiviert.

Herr Büchler (SJB) ergänzt, wie sich die Kosten ändern würden, wenn die Stadt 10 Prozent der neuen Plätze schaffe, anstatt wie im Bericht kalkuliert, 20 Prozent; ca. minus 420.000 Euro. Auch die Kalkulation für das Verhältnis 30% städtischer Kitas zu 70% im Bereich der freien Träger erläuterte er: ca. plus 430.000 Euro.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) fragt hierzu Herrn Büchler (SJB) ob dies Auswirkungen auf die Zuschüsse an die freien Träger hätte.

Herr Büchler (SJB) erläutert die Bezuschussung der freien Träger. So sind verschiedene Kosten, wie beispielsweise für Fachpersonal, in fester Höhe zuschussfähig. Aus den dann noch nicht gedeckten Kosten errechne sich der Beitrag, der von den Eltern erhoben werden müsse.

Herr Stadtrat Mossuto (GfK) bittet darum, die freien Träger mehr zu unterstützen und den Anteil an kommunalen Kitas auf mindestens 30% zu erhöhen. Auch merkt er an, dass in den letzten Jahren viele Kinder mit Migrationshintergrund in die Kitas gekommen seien, dafür sei das Personal seiner Meinung nach nicht gut genug qualifiziert gewesen. Er bittet dies auch beim Personalschlüssel entsprechend zu berücksichtigen.

Der Vorsitzende erwidert daraufhin, dass die Stadt bereits vor Jahren damit begonnen habe, Kitas, die einen erhöhten Förderbedarf hatten, zu unterstützen. Schwerpunkt war der Spracherwerb. Die Stadt sei damals in Vorleistung getreten und bekam erst im Nachhinein und nur teilweise die Gelder vom Bund erstattet. Er betont, dass der Ausbau nicht ohne die Zusammenarbeit aller Beteiligten, vor allem nicht ohne die Träger und das Bauordnungsamt zu stemmen sei. Nach der Bestandsaufnahme und dem heutigen Prognosebericht sei es nun Aufgabe, den Ausbau in die Praxis umzusetzen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Prognosebericht zur Kenntnis.

TOP 2 ist damit beendet.

**TOP 3: Inklusion in Schülerhorten und Änderung der „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Schülerhorten freier Träger“
- Vorlage -**

Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt ergeben sich nicht.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt einstimmig dem Gemeinderat, ab 1. September 2018 einen Fachkraftzuschlag für integrative Hortgruppen von 0,1 Vollzeitstellen pro inklusiv betreutem Kind und ein Budget von 40.000 Euro jährlich für die Weiterqualifizierung des gesamten Hortpersonals zur Umsetzung der Inklusion zur Verfügung zu stellen. Er empfiehlt gleichzeitig, die entsprechende Änderung der „Richtlinie der Stadt für die Förderung von Schülerhorten freier Träger“ zu beschließen. Er empfiehlt dem Gemeinderat zu entscheiden, dass es sich gem. Beschluss zu HSPKa um eine Aufgabe im gesamtstädtischen Interesse handele und auf eine Gegenfinanzierung ab 2019ff zu verzichten.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, die überplanmäßigen Aufwendungen im Jahr 2018 in Höhe von 73.840 Euro gemäß Anlage 3 zu bewilligen.

TOP 3 ist damit beendet.

TOP 4: Aktuelle Entwicklungen im Bereich Suchtprävention - Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Punkt Frau Sailer und Frau Kowaschik (SJB).

Frau Kowaschik (SJB) berichtet, dass Schwerpunkt in der Suchtprävention aktuell die Arbeit mit Schulklassen sei. Allerdings fehle es hier an Personal. Viele Honorarkräfte könnten neben ihrem Beruf keine Schulbesuche machen, da diese vormittags stattfinden sollten. Es werde daher gerade ein Film produziert, der dann in den Schulen gezeigt werden kann. Ein weiterer Schwerpunkt sei die Arbeit auf Großveranstaltungen. Die Zusammenarbeit mit Sanitätern, dem Kommunalen Ordnungsdienst und der Polizei sei hier sehr eng. Besonders arbeitsintensiv seien die Fastnachtsumzüge, insbesondere der in Durlach gewesen. Ein Einsatz bei solchen Veranstaltungen fände grundsätzlich immer nur in Begleitung der Polizei statt, um die Mitarbeitenden zu schützen. Diese könne aber aus Personalknappheit oftmals keine Polizeikräfte abstellen, weshalb dann auch kein Einsatz möglich sei.

Frau Stadträtin Anlauf (Grüne) möchte wissen, worauf der starke Anstieg der Fallzahlen in Durlach zurückzuführen sei.

Frau Stadträtin Melchien (SPD) äußert ihre Sorge darüber, dass mangels verfügbarer Polizeikräfte Einsätze ausfallen müssten und regt an, darüber nachzudenken, ob eine verstärkte Unterstützung durch den Kommunalen Ordnungsdienst möglich sei.

Frau Stadträtin Wiedemann (CDU) sieht die Präventionsarbeit mit betrunkenen Jugendlichen auf Fastnachtsumzügen nicht als vorrangige Aufgabe der Polizei. Die Entwicklung habe bereits dazu geführt, dass der Umzug in Daxlanden schon nicht mehr stattfinden könne. Die Kosten, um die Sicherheit bei einer solchen Veranstaltung zu gewährleisten, seien bereits sehr stark gestiegen, sodass sich kleine Faschingsgruppen die Teilnahme nicht mehr leisten könnten.

Vielmehr sehe sie eine Vorbildfunktion bei den Erwachsenen, die auf solchen Festen oftmals auch stark angetrunken seien. Sie schlägt vor, die Problematik öffentlich zu machen, um in der Gesellschaft das Bewusstsein zu wecken, dass solche Feste gefährdet sind.

Herr Stadtrat Wohlfeil (KULT) möchte erfahren, ob den Schülern auch gezeigt werde, welche Risikofaktoren es für Sucht gäbe und wie sie beispielsweise Freunden helfen könnten, wenn diese suchtgefährdet seien. Er bittet außerdem darum, den Schwerpunkt der Präventionsarbeit nicht nur auf Alkohol zu legen, sondern auch die Gefahren anderer Drogen, wie Cannabis, aufzuzeigen.

Frau Henkel (StA Durlach) merkt zum Fastnachtsumzug in Durlach an, dass der Kommunale Ordnungsdienst durchaus vor Ort sei, viele Jugendliche aber bereits zu Hause mit Alkohol „vorglühen“ und so bereits vor Beginn des Umzugs angetrunken seien. Oftmals brächten Sie zusätzlich Alkohol mit, sodass auch strengere Ladungsöffnungszeiten nur bedingt helfen würden. Die aktuelle Personalproblematik der Polizei sei bekannt, es bestehe hoher Bedarf an Neueinstellungen. Für sie stelle sich daher die Frage, wie der Kommunale Ordnungsdienst verstärkt werden könne. Grundsätzlich sehe sie das Problem darin, dass Alkohol in immer mehr Bereichen eine Rolle spiele und es inzwischen auch bei Schulfesten Alkohol gäbe.

Herr Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke) kritisiert eine Doppelmoral bei den Erwachsenen. Man könne von Jugendlichen nicht erwarten, auf Alkohol zu verzichten, während viele Erwachsene diesen trinken würden und Spaß dabei hätten. Er regt an, Kampagnen dazu zu starten und beispielsweise eine ganze Großveranstaltung, wie „Das Fest“, ohne den Ausschank von Alkohol durchzuführen.

Frau Kowaschik (SJB) stimmt der mehrfach getätigten Aussage über die Vorbildfunktion der Erwachsenen zu. Auch die Idee, die Problematik öffentlich zu machen, sei bereits aufgekommen. Aktuell sei ein Pressegespräch, an dem auch der Kommunale Ordnungsdienst teilnehmen könne, angedacht. Grundsätzlich seien alle Beteiligten bei den Einsätzen mit einer Uniform und der Aufschrift „Jugendschutz“ gekleidet, um die einzelnen Berufsgruppen nicht unterscheiden zu können. Es werde versucht, mit den Jugendlichen zu kooperieren und ihnen kein Gefühl der Verfolgung zu geben. Dennoch sei die Begleitung der Polizisten essentiell, auch wenn die Überstundenproblematik der Polizeibeamten bekannt sei.

Der Vorsitzende bedankt sich beim Jugendschutz und Frau Kowaschik (SJB) für Ihre Arbeit und den ausführlichen Bericht.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zu den aktuellen Entwicklungen im Bereich Suchtprävention zur Kenntnis.

TOP 4 ist damit beendet.

TOP 5: Neues Raumprogramm für Kindertageseinrichtungen - Vorlage -

Der Vorsitzende weist vorab auf die Tischvorlage hin, die zu diesem TOP ausgelegt ist und dass es sich bei der Vorlage um eine Offenlage handelt.

Frau Kinnunen (SJB) erläutert, dass es nach der Vorberatung im Arbeitsausschuss zur Änderung auf Seite 3 kam und bittet die ausliegende Seite zu beachten. Bezugnehmend auf die Tischvorlage zieht sie einen Vergleich der Empfehlungen des KVJS und dem vorgesehenen Flächen- und Raumbedarf des städtischen Raumprogramms. Hier sei erkennbar, wieso das Raumprogramm dringend nötig sei.

Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt ergeben sich nicht.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, das bestehende Raumprogramm für Kindertageseinrichtungen aus dem Jahr 2010 ab dem 1. Januar 2018 durch die vorliegende Neufassung abzulösen. Dadurch könnten für das Jahr 2018 zusätzliche Finanzmittel aufgrund höherer Investitionskostenzuschüsse von bis zu 1.800.000 Euro im Finanzhaushalt sowie Mehraufwendungen von bis zu 350.000 Euro im Ergebnishaushalt anfallen. Ebenso fallen in den Folgejahren Mehraufwendungen an.

TOP 5 ist damit beendet.

**TOP 7: Konzept: „Queeres Jugendzentrum La Vie“
- Vorlage -**

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Peitzmeier (StJA e.V.)

Frau Peitzmeier (StJA e.V.) fasst die in der Vorlage dargestellte konzeptionelle Ausrichtung mündlich zusammen. Besonders durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum „3.Geschlecht“ würde deutlich, wie aktuell das Thema und wie existentiell die Problematik für die Jugendlichen sei. Das Jugendzentrum sehe daher seine Aufgabe darin, die Jugendlichen in ihrer Identitätsentwicklung zu unterstützen. Es sei das erste seiner Art in Baden-Württemberg. Die Anforderungen an das Personal seien aufgrund der auftretenden Problemstellungen wie Isolation, Depressionen oder suizidales Verhalten sehr hoch, weshalb aktuell ein Stellenschaffungsantrag gestellt wurde.

Frau Stadträtin Anlauf (Grüne) lobt die Arbeit und die Tatsache, dass der Stadtjugendausschuss keine Hemmungen habe, neue Problemfelder anzugehen. Sie hebt die Bedeutung als „Kompetenzzentrum“ hervor, da sie hier die Möglichkeit sehe, viele neue Erkenntnisse für dieses neue Arbeitsfeld in der Jugendarbeit zu gewinnen.

Frau Zelch (Beirat für Menschen mit Behinderung) bedankt ebenfalls für die Arbeit des Jugendzentrums.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt die konzeptionelle Ausrichtung von La Vie“ zustimmend zur Kenntnis.

TOP 7 ist damit beendet.

**TOP 8: JuKo 20.05.2017
- Mündlicher Bericht –**

Der Vorsitzende begrüßt hierzu **Danae Antonatou, Joanna Meme, Dominic Henning**

Danae Antonatou, Joanna Meme, Dominic Henning berichten über die stattgefundenene Jugendkonferenz. Dort konnten die Jugendlichen Themen erarbeiten, die sie beschäftigen. Exemplarisch erzählten sie vom Kinder- und Jugendhaus Waldstadt, das längere Öffnungszeiten bräuchte. Das in der Nordweststadt sei zu klein und zu eng. Das Fanprojekt Karlsruhe benötige neue Räumlichkeiten. Ein weiterer Wunsch der Jugendlichen seien mehr der sogenannten „Freewalls“, auf denen Graffiti legal gesprüht werden dürfe. Am 13.12.2017 finde der JuKoCheck statt, zu dem auch Herr Dr. Mentrup eingeladen sei. Dort werde geprüft, inwiefern die erarbeiteten Ergebnisse auch umgesetzt würden.

Frau Zelch (Beirat für Menschen mit Behinderung) möchte wissen, ob bei der Jugendkonferenz auch Jugendliche mit erhöhtem Förderbedarf beteiligt gewesen seien.

Dies wird durch die Jugendlichen bejaht. Die Konferenz stehe grundsätzlich allen offen, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung oder Behinderung.

Herr Stadtrat Wohlfel (KULT) möchte vom Stadtjugendausschuss wissen, wie die Jugendbeteiligung weiter ausgebaut werden könne.

Frau Peitzmeier (StJA e.V.) berichtet, dass die Themen, die die Jugendlichen beschäftigten immer im Juko-Team besprochen und diese dann bei der Jugendkonferenz mit dem Ziel der Umsetzung bearbeitet würden. Sie betont abschließend, dass die Konferenz ein Instrument der Jugendbeteiligung sei. Hier würden nicht nur theoretische Wünsche geäußert. Vielmehr sei es ein dynamischer Prozess, da die Jugendlichen aktiv an den Themen und deren Umsetzung arbeiteten.

TOP 8 ist damit beendet.

Verabschiedung Herr Gustav Holzwarth (AWO)

Vor Einstieg in den nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung dankt **der Vorsitzende** Herrn Gustav Holzwarth (AWO) anlässlich seines bevorstehenden Eintritts in den Ruhestand für die geleistete Arbeit im Jugendhilfeausschuss. Er habe mit dem Ausbau von ehemals zwei auf heute 18 Kitas durch die AWO maßgeblich zur Erfüllung des stetig wachsenden Betreuungsbedarfs beigetragen. Auch erwähnt er die Projekte „Get-In“, „Heroinmodell“ und „Drogenambulanz“, die mit ihm verbunden sind und bleiben werden. Er freue sich auf weitere Begegnungen und wünsche ihm für den neuen Lebensabschnitt alles Gute. Als Dankeschön überreicht **der Vorsitzende** ihm ein Präsent.

Herr Holzwarth (AWO) bedankt sich für die guten Wünsche und zieht ein kurzes Resümee seines Berufslebens. Er stellt außerdem Herrn Markus Barton als seinen Nachfolger vor.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Es folgt eine nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Zur Beurkundung:

gesehen und genehmigt:



Martin Lenz
Bürgermeister

die Schriftführerin



Verteiler:

Dez. 1
Dez. 2 (per Mail)
Dez. 3
Dez. 4 (per Mail)
Dez. 5 (per Mail)
Dez. 6 (per Mail)
Dir.SJB, Frau Langeneckert
HAV, Herr Lindorf (per Mail)
JA/Herr Gfrörer (per Mail)
HA Beratung, Frau Sailer (per Mail)
SoDi, Herr Niederbühl (per Mail)
Kinderbüro, Herr Nees (per Mail)
StJA e.V., Frau Peitzmeier (per Mail)
SJB/FuR (per Mail)
Hauptamt/Ratsangelegenheiten (per Mail)
Hauptamt/Hauptregistratur, Herr Ewald (per Mail)
RPA (per Mail)
POA (per Mail)
Stadtkämmerei (per Mail)
SPC (per Mail)
BOA (per Mail)
SuS (per Mail)
AfStA (per Mail)
ZJD (per Mail)
Bfi (per Mail)
JA/Frau Kinnunen (per Mail)
JA/Frau Mink (per Post, da noch kein Email-Account)
HAV/Frau Ziemert (per Mail)
Ablage SJB Akte 416.334